

12857

Stenographisches Protokoll

148. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 26. Juni 1986

Inhalt

Dr. Hilde Hawlicek (803/M); Steinbauer, Probst

Personalien

Krankmeldungen (S. 12858)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 12872)

Entschuldigungen (S. 12858)

Ausschüsse

Fragestunde (105.)

Zuweisungen (S. 12872)

Unterricht, Kunst und Sport (S. 12858)

Eingebracht wurden

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (795/M); Eigruber, Adelheid Praher, Johann Wolf

Anfrage der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (796/M); Hintermayer, Gärtner, Ing. Kowald

Probst, Eigruber und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Waldsterben durch Fluoremissionen aus Ziegeleien im mittleren Sulmtal (2175/J)

Adelheid Praher (801/M); Bayr, Haigermoser

Anfragebeantwortung

Gärtner (802/M); Dr. Helga Hieden, Probst

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stummvöll und Genossen (1990/AB zu 2117/J)

Dr. Frischenschlager (804/M); Edith Dobesberger, Bayr, Eigruber

Steinbauer (797/M); Probst, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Ettmayer

Steinbauer (798/M); Probst, Ing. Nedwed

12858

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident Benya.

mit den parlamentarischen Beratungen weiter zu verfolgen sein.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Wimmersberger, Landgraf und Strache.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Bergmann, Rosemarie Bauer, Maria Stangl, Ingrid Tichy-Schreder, Schüssel, Helga Wieser, Brigitte Ederer und Tychtl.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport

Präsident: Wir kommen nunmehr zur 1. Anfrage: Abgeordneter Leitner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport.

795/M

Warum wollen Sie den Werkerziehungsunterricht in der Pflichtschule kürzen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Dr. Moritz: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter Dr. Leitner, Sie haben mich gefragt, warum ich den Werkerziehungsunterricht in der Pflichtschule kürzen wolle. Ich darf dazu feststellen, daß ich keineswegs die Absicht habe, den Werkerziehungsunterricht in der Pflichtschule zu kürzen, das Thema ist nur angesichts zweier oder dreier Initiativanträge der Abgeordneten releviert worden.

Nach dem Schulorganisationsgesetz ist die Werkerziehung mit dem Zusatz „für Knaben und Mädchen gemeinsam oder getrennt“ als Pflichtgegenstand für die Volksschule, die Hauptschule, den Polytechnischen Lehrgang und die Unterstufe der AHS zu führen. Die Entscheidung, ob die Werkerziehung koedukativ geführt wird, obliegt dem Unterrichtsminister mittels Lehrplanverordnung. Dieses Thema wird also sicher im Zusammenhang

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Bundesminister! Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie sagen, der Werkunterricht werde nicht gekürzt. Wenn man aber zwei verschiedene Gegenstände wie Technisches Werken und Textiles Werken zusammenfaßt, dann werden aus vier Stunden auf einmal zwei, und der Lehrstoff, der jetzt auf vier Stunden verteilt ist, muß auf zwei zusammengedrängt werden. Das ist nach meiner Auffassung eine Kürzung. Wenn Sie das Ohr am Volk haben, Herr Bundesminister, dann hören Sie die Befürchtungen, daß die Mädchen nicht mehr nähen lernen, daß sie diese wichtigen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten nicht mehr können und daß die Burschen es auch nicht so gut lernen, daß sie es dann in der Familie praktizieren können und daß sie auch nicht mehr werken können.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Können Sie sich der Auffassung anschließen, daß auch in Zukunft beide Gegenstände getrennt unterrichtet werden, damit die Wahlmöglichkeit besteht für jedes Kind — Bursch oder Mädchen —, welchen Teil es wählt, und daß es den anderen dann allenfalls als Freizeigenstand besuchen kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Das ist genau der Inhalt des Initiativantrages der ÖVP. Diesem Initiativantrag steht ein anderer gegenüber. Wir werden bei der Beratung dieser Anträge genügend Gelegenheit haben, all diese Details, die Pro- und Kontraargumente ausführlich zu erwägen.

Ich darf nur darauf hinweisen, daß es derzeit eine zeitliche Mehrbelastung der Mädchen gibt; das sollte man auch kritisch überlegen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Bundesminister! Ich habe mich am letzten Wochenende mit behinderten Kindern befaßt; ich war bei ihnen. Ich habe dabei die große Sorge gehört, daß auch in der allgemeinen Sonderschule die praktischen Gegenstände gekürzt werden sollen. Man sagte mir sehr

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

deutlich, daß die motorischen Fähigkeiten entwickelt werden müssen, weil sie bei diesen Menschen auch auf die geistige Fähigkeit große Auswirkungen haben.

Ich frage jetzt: Wieso ist geplant, diese praktischen Fähigkeiten in der Sonderschule zurückzudrängen und im Lehrplan Kürzungen vorzunehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Ich habe selbst als Sozialreferent eines Bundeslandes sehr viele und intensive praktische Erfahrungen mit diesem Thema sammeln können. Ich teile Ihre Auffassung und darf Ihnen berichten, daß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Ländern ein Rahmen für die Festlegung des Ausmaßes der Werkerziehung in den Sonderschulen vorgegeben wurde.

In den ursprünglichen Lehrplanentwürfen hat man sich an einem Mittelwert orientiert, wie er sich in der Schulpraxis in Salzburg bewährt haben dürfte.

Aufgrund der vielen Einwendungen, die gegen diese Vorschläge erhoben wurden, habe ich veranlaßt, daß nun in den letzten Entwurf der Lehrpläne eine zusätzliche Stunde Werkerziehung aufgenommen wird. (*Abg. Mag. Schäffer: Und zwei wurden gekürzt!*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Die Frauen aller drei Parlamentsfraktionen treten für gemeinsame Werkerziehung ein, auch die ÖVP-Frauen.

Ich frage Sie daher: Entspricht der derzeitige Unterricht in Werkerziehung den Anforderungen, die an eine moderne partnerschaftliche Erziehung gestellt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Die Lehrpläne für Technisches Werken sind verhältnismäßig neu und sichern mit ihrem Schwerpunkt des Problemlösens einen zeitgemäßen Unterricht.

Reformbedürftig ist aber vor allem der Lehrplan für Textiles Werken. Gerade im Bereich des Werkens weist der projektorien-

tierte Unterricht, der der Schule selbst die Möglichkeiten der Gestaltung bietet, einen Weg in die Zukunft.

Unabhängig von Modellfragen, die derzeit im Unterausschuß des Unterrichtsausschusses liegen, werden Überlegungen über die Inhalte eines Werkerziehungsunterrichtes anzustellen sein.

Präsident: Eine weitere Frage: Frau Abgeordnete Praher.

Abgeordnete Adelheid Praher (SPÖ): Herr Bundesminister! Über die Bedeutung einer gemeinsamen Erziehung für eine zu praktizierende Partnerschaft sind sich alle einig. Leider wird gerade im Bereich der Werkerziehung von verschiedenen Gruppen versucht, durch Falschinformationen eine große Verunsicherung sowohl bei den Eltern als auch in den betroffenen Lehrerkreisen herbeizuführen.

Es gibt aber durchaus praktikable Vorschläge, und ich möchte an Sie die Frage richten: Können Sie uns sagen, wie dieser gemeinsame Werkunterricht stattfinden könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Ich darf noch einmal auf die im Unterausschuß liegenden Initiativansträge verweisen, die verschiedene Möglichkeiten der koedukativen Führung aufzeigen. Ich halte es für einen großen Fortschritt, daß sich nun alle Parteien zur koedukativen Führung bekennen. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein — und ich bin gerne bereit, mit dem Parlament hier eng zusammenzuarbeiten —, die wirksamste und beste Form zu entwickeln, die keine Schmälerung, sondern eine Verbesserung der Werkerziehung für beide Geschlechter bringt.

Präsident: Eine weitere Frage: Abgeordneter Johann Wolf.

Abgeordneter Johann Wolf (ÖVP): Herr Bundesminister! Im Antrag der sozialistischen Fraktion wird angeführt, daß bei der koedukativen Werkerziehung eine Verbesserung des Bildungsangebotes kommen soll. — Ich habe das gestern schon erwähnt.

Es ist aber auch eine Tatsache, wie Herr Abgeordneter Leitner heute ausgeführt hat, daß dann, wenn Sie die gemeinsame Werkerziehung einführen, eine Halbierung der Inhalte erfolgt.

12860

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Johann Wolf

Meine Frage, Herr Bundesminister: Welche geschlechtsspezifischen Inhalte können abgebaut werden, damit aufgrund Ihres Antrages noch eine Verbesserung des Bildungsangebotes erfolgen kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß es sich bei den im Unterausschuß liegenden Initiativanträgen um Initiativen der Parlamentsfraktionen und nicht um meinen Antrag handelt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Abgeordneter Leitner (ÖVP) an den Herrn Minister.

796/M

Wann werden Sie endlich die Lehrpläne für die höheren landwirtschaftlichen Schulen zur Begutachtung aussenden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter! Sie richten an mich die Frage: „Wann werden Sie endlich die Lehrpläne für die höheren landwirtschaftlichen Schulen zur Begutachtung aussenden?“

Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich vor einigen Tagen die Lehrplanentwürfe unterschrieben habe und daß sie mittlerweile zur Begutachtung ausgesandt worden sind.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Bundesminister! Meine erste Frage: Ist bei diesen Lehrplanentwürfen, die Sie unterschrieben haben, auch der Lehrplanentwurf für die Frauenschulen dabei, das heißt konkret für die höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Die Entwürfe umfassen die Fachrichtungen allgemeine Landwirtschaft, alpenländische Landwirtschaft, Wein- und Obstbau, Garten- und Landschaftsgestaltung, Erwerbsgartenbau, Landtechnik und Forstwirtschaft. Für die Frauenschulen sind leider noch ausführlichere Beratungen erforderlich.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Bundesminister! Ich bedaure, daß die Lehrpläne für die höheren Frauenschulen wieder nicht enthalten sind. Sie sagen, es braucht hier neue Beratungen.

Ich darf daran erinnern, daß bereits 1981, also vor fünf Jahren, der damalige Unterrichtsminister gesagt hat, er werde die Entwürfe aussenden, sie werden im Schuljahr 1982/83 in Kraft treten. Das ist nicht erfolgt.

1984 hat man das gleiche gesagt, Herr Minister. Ende 1983 hat ein Arbeitskreis für diese Lehrpläne die Tätigkeit abgeschlossen. Es gab damals ein Übereinkommen. Man hat sehr gelobt, daß bei diesem Arbeitskreis alle Gruppen, die interessiert sind, dabei waren und man ein Ergebnis zustande gebracht hat. Doch jetzt sagen Sie, es braucht neue Gespräche.

Herr Minister! Warum sind Sie mit den Lehrplänen, die man damals gemeinsam ausgearbeitet hat, nicht mehr einverstanden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Es sind die Lehrpläne für sieben verschiedene Fachrichtungen fertiggestellt und ausgesendet worden. In dem einen Bereich gibt es noch Schwierigkeiten. Ich habe bereits gesagt, daß da viele unterschiedliche Interessen auf einen Nenner gebracht werden müssen. Ich bin mit großer Intensität bemüht, die erforderlichen Einverständnisse einzuholen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter Hintermayer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Gerade im landwirtschaftlichen Bereich hat sich ja in den letzten Jahren Gewaltiges geändert. Meine Frage lautet daher, ob sich bei den neuen Lehrplänen auch der letzte Stand der Technik und der Wirtschaft niederschlägt.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Die Grundsätze der Ökologie und des Umweltschutzes sind in allen einschlägigen Pflichtgegenständen in einem Unterrichtsprinzip zusammengefaßt.

Der Unterrichtsgegenstand Elektronische Datenverarbeitung ist als Pflichtgegenstand vorgesehen.

Bundesminister Dr. Moritz

Die kaufmännische und betriebswirtschaftliche Ausbildung ist im Hinblick auf das Stundenangebot wesentlich stärker gewichtet worden.

Neu eingeführt wird der Freizeitgenstand Organisation und Führungslehre, und ebenfalls lehrplanmäßig neu wird eine zweite lebende Fremdsprache als Freizeitgenstand angeboten.

Ich glaube, daß diese neuen Lehrpläne, basierend auf der Zustimmung aller betroffenen Kreise, sehr wesentlich die letzten Entwicklungen in Gesellschaft, Technik und Wirtschaft berücksichtigen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gärtner.

Abgeordneter Gärtner (SPÖ): Herr Bundesminister! Die neuen Lehrpläne werden erstellt, weil sie auch den gesellschaftlichen Veränderungen entsprechen müssen. Welche Fortschritte und Verbesserungen bringen diese neuen Lehrpläne gegenüber den bisher geltenden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Eine breite Basisausbildung, wie sie schon bisher vorhanden war, wird nun noch wesentlich verstärkt werden. Bei einer reduzierten Gesamtwochenstundenzahl — es war wichtig, auch das zu erreichen — von 190 Stunden mit der Verteilung 34, 39, 39, 39 sowie 39 Wochenstunden über die fünf Jahrgänge ist die Eingangsstufe hinsichtlich der Wochenstundenbelastung für den Schüler möglichst niedrig gehalten, um die Integration der Schüler in die weiterführende höhere Ausbildung zu erleichtern.

Die Anzahl der Pflichtgegenstände konnte durch Zusammenfassung von derzeit getrennt geführten Übungen mit dem jeweils zugehörigen fachtheoretischen Pflichtgegenstand reduziert werden.

Ebenso wurde aus grundsätzlichen pädagogischen Überlegungen die Anzahl der einstündigen Pflichtgegenstände verringert. Der Pflichtgegenstand Biologie und angewandte Biologie einschließlich zugehöriger Übungen wird mit entsprechender Gewichtung an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen eingeführt.

Der nunmehr vorgesehene Freizeitgenstand Aktuelles Fachgebiet bietet den Schulen die

Möglichkeit, auf neue, dem Stand der Technik und den regionalen Erfordernissen entsprechende Wissensgebiete einzugehen.

Im Bereich der unverbindlichen Übungen wird neben Musikerziehung, Bildnerischer Erziehung und Leibesübungen jetzt auch der Gegenstand Hauswirtschaft angeboten. Die lehrplanmäßig vorgesehenen Pflichtpraktika wurden um einen dritten Abschnitt von vier Wochen erweitert.

Schließlich wurden die Bildungs- und Lehraufgaben für die einzelnen Pflichtgegenstände jetzt schülerzentriert abgefaßt, die didaktischen Grundsätze in Form von exemplarischen Beispielen für die Unterrichtsführung erweitert.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kowald.

Abgeordneter Ing. Kowald (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben auf die Frage des Abgeordneten Dr. Leitner geantwortet, daß Sie in den letzten Tagen die Lehrpläne für die höheren land- und forstwirtschaftlichen, technischen und so weiter Bundeslehranstalten unterschrieben haben. Aber Sie haben den Lehrplan und in weiterer Folge auch die Stundentafel für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten für Frauenberufe noch nicht unterschrieben, obwohl er schon mehrere Jahre zur Begutachtung steht. Wie Sie wissen, wurde im Jahre 1983 ein Arbeitskreis installiert, der sich aus verschiedenen Gremien der Interessenvertretungen, Lehrer und so weiter zusammensetzt.

Ich möchte Sie fragen: Was halten Sie von der Arbeit dieser Arbeitskreise, und inwiefern werden hier jene Fragen wirklich berücksichtigt, die vor allem die Interessenvertretung beziehungsweise die Landwirtschaft stellt, weil gerade die Absolventen dieser Anstalten draußen als Lehrerinnen, Beraterinnen, tüchtige Bäuerinnen und auch Hausfrauen wirken müssen? Ist diese Lehrplangestaltung zeitgerecht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Ich bin durchaus der Auffassung, Herr Abgeordneter, daß ausgezeichnete und umfassende Vorarbeit geleistet wurde. Ich schätze die Tätigkeit dieser Lehrerarbeitskreise ganz besonders hoch ein, und ich werde mit großem Nachdruck bemüht sein, auch für diesen Bereich die Lehrpläne so rasch wie möglich zu finalisieren.

12862

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Präsident

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Frau Abgeordnete Adelheid Praher (SPÖ) an den Herrn Minister.

801/M

Wie sind die Erfahrungen mit der Neuen Hauptschule?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Praher richtet an mich die Frage, wie die Erfahrungen mit der Neuen Hauptschule sind.

Wir haben noch keine abschließende Beurteilung, weil das Schuljahr in seinen Ergebnissen noch nicht vorliegt. Die Neue Hauptschule ist aber — das können wir jetzt schon sagen — zufriedenstellend in allen Bundesländern angelaufen, weil die Reform der Hauptschule wirklich gut vorbereitet war. Es sind rechtzeitig die neuen Lehrpläne geschaffen worden, auch die Schulbücher standen zur Verfügung, und die prophezeiten chaotischen Entwicklungen sind glücklicherweise nicht eingetreten.

Das ist vor allem der Initiative der Schulleiter und der Lehrer zu danken, aber auch die Eltern haben entschieden mitgewirkt. Diese Elterninformation war ein wesentlicher Teil der Vorbereitungen. Auch die Schulaufsichtsbeamten bestätigen das gute Anlaufen der Hauptschulreform.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Adelheid Praher: Herr Bundesminister! In welchen Relationen bewegen sich die Schülerzahlen in den einzelnen Leistungsgruppen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Frau Abgeordnete! Die Daten der Einstufung in der ersten Klasse zeigen folgendes Bild: 15 bis 25 Prozent aller Schüler werden in der ersten Leistungsgruppe unterrichtet. Sie erhalten deshalb das Bildungsangebot der AHS-Unterstufe. Zirka 50 Prozent befinden sich in der zweiten Leistungsgruppe, und rund ein Viertel der Schüler wird in der dritten Leistungsgruppe unterrichtet. Dabei gibt es aber selbstverständlich große regionale Unterschiede. Vor allem in Ballungsgebieten ist das Bild doch anders.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Adelheid Praher: Herr Bundesminister! Es wurde ja mit der Einführung der Neuen Hauptschule auch die Einführung eines Stütz- und Förderunterrichtes verbunden, und dieser Unterricht ermöglicht sowohl die Förderung der begabten Schüler als auch die Stützung jener Schüler, bei denen ein Absinken in die niedrigere Leistungsstufe zu befürchten ist. Gibt es hier bereits Erfahrungswerte, wo die Schwerpunkte dieser Förderkurse liegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Frau Abgeordnete! Die ersten Erfahrungsberichte haben gezeigt, daß sowohl der Stützfunktion in den Förderkursen als auch der Wahrung von Aufstufungschancen gleiche Bedeutung zukommt. Allerdings liegen endgültig gesicherte Ergebnisse, da das Schuljahr noch im Auslaufen begriffen ist, nicht vor.

Grundsätzlich kommt ja den Fördermaßnahmen der Neuen Hauptschule eine neue Bedeutung zu. Die Bedeutung dieser Fördermaßnahmen hat auch ihren Ausdruck in der 8. Novelle zum Schulorganisationsgesetz gefunden, die günstigere Gruppengrößen für den Förderunterricht gebracht hat.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Bayr.

Abgeordneter Bayr (ÖVP): Herr Minister! Die positiven Erfahrungen mit der Neuen Hauptschule bestätigen die Richtigkeit des ÖVP-Konzeptes. Denn während die SPÖ seinerzeit dafür eingetreten ist, im Bereich der 10- bis 14jährigen das Tor für eine Einheitsschule zu öffnen, traten wir für eine Reform der Hauptschule bei gleichzeitiger Beibehaltung der Langform der AHS ein. Diese Neue Hauptschule bringt eine gewaltige Aufwertung, weil man dort auch das AHS-Niveau erreichen kann. In einem Punkt allerdings konnten wir uns nicht durchsetzen, nämlich das Prinzip zu verankern, daß in einer Schülergruppe jeweils nur eine Leistungsgruppe unterrichtet werden darf.

Herr Minister! Ich möchte Sie fragen: Haben Sie erhoben, in wieviel Schülergruppen mehr als eine Leistungsgruppe unterrichtet werden muß?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Wenn Sie sagen, daß die Neue Hauptschule das Ergebnis der ÖVP-Vorschläge sei,

Bundesminister Dr. Moritz

dann muß ich doch feststellen, daß diese Hauptschulreform eine gemeinsame Entscheidung der beiden großen Parteien gewesen ist. In diese gemeinsame Entscheidung sind grundsätzliche Auffassungen beider Gruppierungen eingeflossen. Es ist also nicht zulässig, diese erfolgreiche Hauptschulreform, deren Erfolg Sie ja angezweifelt hatten, nun für sich reklamieren zu wollen.

Hinsichtlich der speziellen Frage, die Sie stellen, bin ich nicht in der Lage, Ihnen jetzt konkrete Auskunft zu geben. Ich werde sie Ihnen gerne schriftlich zukommen lassen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Bundesminister! In der Neuen Hauptschule werden nur Englisch, Deutsch und Mathematik leistungsdifferenziert geführt. Dazu darf ich Sie fragen: Welche Schwierigkeiten gibt es in jenen Gegenständen, die nicht differenziert unterrichtet werden und in denen es auch keine Lehrplanteilung in Grund- und Zusatzanforderungen gibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Sie fragen mich also, wie es zur Bildung von drei Leistungsgruppen gekommen ist. Das waren die gesetzlichen Voraussetzungen. Es hat dabei keine wesentlichen Schwierigkeiten gegeben. Aus den Erfahrungen des ersten Jahres werden sicher noch weitere positive Entwicklungen für die Zukunft zu finden sein.

Präsident: Anfrage 4: Abgeordneter Gärtner (SPÖ) an den Herrn Minister.

802/M

Wie viele Schulen benützen die Aktion „Film-Österreich“ zur Film- und Medienerziehung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Sie haben an mich die Frage gerichtet, wie viele Schulen die Aktion „Film-Österreich“ zur Medien- und Filmerziehung benützen. Ich darf Ihnen dazu mitteilen, daß rund 650 bis 700 österreichische Schulen ständige Partner der Aktion „Film-Österreich“ sind. Das ist eine sehr breite Basis, die wir für die Aktion „Film-Österreich“ gefunden haben.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Gärtner: Herr Bundesminister! Werden Sie beim Vorstand der Aktion „Film-Österreich“ anregen, für die der Schule aufgetragenen Erziehungsziele, wie etwa Politische Bildung oder Medienerziehung, Umwelterziehung, Verkehrserziehung, entsprechende Spielfilmgruppen in 16 mm oder 35 mm zusammenzustellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Neben dem Jugend- und Kinderfilm im klassischen Sinn war die Aktion im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten schon immer bestrebt, auch solche Filme zu erwerben, die sich als Spielfilm oder Dokumentationsfilm für die Unterstützung diverser Unterrichtsprinzipien einsetzen lassen. Als Beispiele darf ich anführen für die Politische Bildung: „Der Fall Jägerstätter“, „Plutonium“, „Z“, „I wie Ikarus“. Für die Medienerziehung gab es das großartige Beispiel „Die wunderbare Welt des Karel Zeman“, „Der synthetische Film“ und anderes mehr, für die Umwelterziehung „Brontosaurus“, „Himmelhohes Gras“, „Häuschen im Grünen“.

Für den Lehr- und Bildungsfilm im engeren Sinn ist zweifellos auch die Staatliche Hauptstelle für Bildungsmedien mit ihrem Verleihprogramm zuständig, oder es gibt auch speziell für sozial engagierte Filme die Angebote des Filmladens.

Wir sind also bestrebt, hier den Schulen mit entsprechenden Medienangeboten bei ihrer Arbeit wirklich behilflich zu sein.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Gärtner: Herr Bundesminister! Ich habe noch eine Frage: Wie hoch beziffern sich die Subventionen für die Filmarbeit aller tätigen Gruppen, die sich eben mit der Filmarbeit beschäftigen, ohne die SHB?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Für die Förderung aller filmkulturellen Einrichtungen der geschilderten Art standen 1985 bundesweit 16,3 Millionen Schilling zur Verfügung.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hieden.

Abgeordnete Dr. Helga Hieden (SPÖ): Herr Minister! Für den Unterricht ist auch der gute Kinderfilm von Bedeutung. Nun sind im Rah-

12864

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Dr. Helga Hieden

men der österreichischen Eigenproduktionen gerade die Voraussetzungen für den guten Kinderfilm schwierig.

Welche Möglichkeiten, hier Maßnahmen zu setzen, sehen Sie?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Frau Abgeordnete! Schon bei der Schaffung des Filmförderungsgesetzes ist ja ganz besonders auf die Förderung von Kinder- und Jugendfilmen hingewiesen worden. Diese Möglichkeiten bestehen im Prinzip. Daß hievon bisher wenig Gebrauch gemacht wurde, liegt einfach an der Übung der Vertriebsapparate, das heißt der Verleiher und auch der Kinobesitzer, die die Nachfrage hier noch nicht entsprechend gefördert haben. Aber immerhin wird derzeit mit Mitteln des Bundesministeriums ein interessanter Kinderfilm in seiner Entstehung gefördert. Er heißt „Die Hexe Jonathan“, von Bernd Neuburger, und ich glaube, daß gerade dieser Film so viel verspricht, daß davon auch eine starke Motivation für andere Filmschaffende ausgehen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Eine sehr wesentliche Frage ist auch, wie man die Einstellung zu Medien transportiert.

Meine Frage an Sie daher konkret: Welche Einrichtungen gibt es, um die Medienfortbildung, die Medienerziehung der Lehrer zu erreichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Wir haben Gott sei Dank eine ganze Reihe von Institutionen, die sich mit Medienerziehung, mit kritischer Medienanalyse befassen, Angebote, die natürlich auch den Lehrern zur Verfügung stehen. So haben zum Beispiel alle sogenannten Programmkinos, die es in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gibt, eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen etabliert und bieten sowohl Sonderprogramme als auch Retrospektiven mit den entsprechenden Begleitmaterialien an.

Das Filmmuseum in Wien zum Beispiel hat historisches Filmmaterial von 1908 bis 1945 zur Verfügung. Aber selbst seitens der Filmamateure gibt es regelmäßig Kurse für die

Herstellung eigener Super-8-Filme, die natürlich auch für die Lehrer offenstehen.

Während bei der Aktion „Film-Österreich“, die ja ebenfalls umfassende Arbeit leistet, der Schwerpunkt eher im Bereich der Spielfilm-analyse und -aufbereitung liegt, ist es beim Filmladen der didaktische Einsatz von Dokumentationen im Unterricht.

Die Gesellschaft für Filmtheorie beschäftigt sich wiederum mit Fragen der Herstellung von Medienerziehungsmaterialien und filmwissenschaftlichen Fragen, wobei sie sehr eng mit Lehrern zusammenarbeitet.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Frischenschlager (FPÖ) an den Herrn Minister.

804/M

Wie stellt sich die Beschäftigungslage der Pflichtschullehrer in Österreich derzeit dar?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter, Sie fragen mich, wie sich die Beschäftigungslage der Pflichtschullehrer in Österreich darstellt.

Ich darf Ihnen dazu mitteilen, daß laut einer Rückfrage bei den Landesschulräten derzeit rund 2 100 Pflichtschullehrer und 570 Lehrer für allgemeinbildende und berufsbildende mittlere und höhere Schulen gemeldet sind. Dazu kommen noch rund 1 100 Arbeitslehrerinnen.

Allerdings ist die Anzahl der Lehrer, die sofort eine Stelle annehmen würden, wesentlich geringer. So gibt es zweifellos Doppel- und Mehrfachmeldungen bei verschiedenen Landesschulräten. Sicher haben manche noch gemeldeten Bewerber bereits andere Berufe ergriffen.

Wir schätzen deshalb, daß derzeit rund 1 400 Pflichtschullehrer und zirka 500 Lehrer für weiterführende Schulen sofort eine Lehrerstelle annehmen würden.

Derzeit ist noch nicht bekannt, wie viele Abgänger der Pädagogischen Akademien sich für das kommende Schuljahr um eine Lehrerstelle bewerben werden. Erfahrungsgemäß wird sich aber die Anzahl der stellensuchenden Lehrer im Herbst etwa verdoppeln. Es kann abgeschätzt werden, daß mit 1. September rund 2 800 Pflichtschullehrer sofort eine Lehrerstelle annehmen würden.

Bundesminister Dr. Moritz

Die Erfahrung lehrt aber weiterhin, daß sich die Zahl bis Weihnachten ganz erheblich reduzieren wird.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Auch wenn die statistische Situation eine kleine Entlastung erscheinen läßt, bleibt das Problem der beschäftigungslosen Lehrer natürlich eine der großen Herausforderungen für die Bildungspolitik.

Meine Frage: Wo sehen Sie weitere Beschäftigungsmöglichkeiten, um die Lehrerarbeitslosigkeit zurückzudrängen, insbesondere sehen Sie im Bereich der Überstundenreduzierung und -umschichtung eine Möglichkeit, um dem Problem Herr zu werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Regional gesehen ergibt sich derzeit das Bild, daß lediglich in Vorarlberg ein geringer Ergänzungsbedarf für Pflichtschullehrer vorhanden ist, und zwar sowohl für Volksschullehrer als auch für Hauptschullehrer und Arbeitslehrerinnen. Im Burgenland ist derzeit überhaupt kein Bedarf festzustellen, in den anderen Bundesländern sind es vor allem Nachfragen nach Lehrern für die technischen Bereiche.

Selbstverständlich wird der Abbau der Überstunden einen Schwerpunkt bei unseren Maßnahmen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit bilden. Rein theoretisch gesehen machen die derzeit noch immer geleisteten Überstunden rund 6 000 Dienstposten aus, wobei man sich klar sein muß, daß nur ein Teil dieser Überstunden tatsächlich abgebaut werden kann.

Aber ich bin sicher, im Verein mit der Personalvertretung und auch mit den Landes Schulräten im nächsten Jahr aus dem Titel des Überstundenabbaues rund 2 000 Dienstposten gewinnen zu können.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Auch im Bewußtsein, daß natürlich alles auch Geld kostet, meine Frage, die einerseits die Situation der Lehrer erleichtern, aber auch großen pädagogischen Zielen näherkommen würde: Sehen Sie eine Chance, die Teilungszahlen beim Fremdsprachenunterricht herabzusetzen, um diesen beiden Zielen — der Lehrerbeschäftigung, aber auch pädagogischen Zielen — näherzukommen? Sehen Sie darin eine Chance?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Ich habe bereits im Vorjahr durch entsprechende Maßnahmen beziehungsweise Erlässe dafür gesorgt, daß die vorhandenen Teilungen beibehalten werden können, auch im Hinblick auf beschäftigungspolitische Auswirkungen. Ich habe gestern mitteilen dürfen, daß die neue Teilungsziffernverordnung in die Begutachtung gegangen ist.

Es ist absolut notwendig, die Teilungsziffern der abgesenkten Klassenschülerhöchstzahl aus selbstverständlichen pädagogischen Gründen, aber auch aus beschäftigungspolitischen Gründen anzupassen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Sie haben jetzt schon die Antwort gegeben, was Sie zu tun gedenken, um die Lehrerarbeitslosigkeit zu senken, Sie haben die Überstunden und den Fremdsprachenunterricht angeführt.

Mir ist nun klar, daß die Arbeitslosigkeit der Lehrer nicht einfach gelöst werden kann durch immer noch mehr Posten. Es ist ja auch in den anderen Bereichen so, daß wir jetzt mit einem gewissen Überhang zu kämpfen haben und man einfach nicht alles wird abfangen können. Aber welche Möglichkeiten gibt es außerdem noch, um der Lehrerarbeitslosigkeit Herr zu werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Durch die Verlängerung der Volksschullehrerausbildung um zwei Semester wird eine gewisse Atempause eintreten, die sicher dazu beitragen wird, daß wir zusätzliche Volksschullehrer in Beschäftigung bringen können.

Darüber hinaus wird es sicher möglich sein, durch Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung, die ja fortgesetzt werden sollen, auch in Zukunft Lehrer zu beschäftigen.

Schließlich wird es auch darum gehen — und da wurde ja gestern eine Entschließung des Nationalrates gefaßt —, daß wir auch in anderen Bereichen die Klassenschülerhöchstzahlen weiter senken, soweit dies eben aus staatsfinanziellen Rücksichten möglich ist.

In Summe werden also alle diese Maßnahmen ganz gewiß dazu beitragen, daß wir mit den Lehrerarbeitslosigkeitsproblemen fertig

12866

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Bundesminister Dr. Moritz

werden. Die Situation ist etwa im Verhältnis zur gesamten Arbeitslosigkeit in Österreich gewiß nicht dramatisch, aber wir machen uns Sorge um jeden einzelnen jungen Menschen, der eine gute Ausbildung absolviert hat und nun warten muß, bis er in das Arbeitsleben, in den Unterrichtsprozeß eingebaut werden kann.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Bayr.

Abgeordneter Bayr (ÖVP): Herr Minister! Sie haben dem Herrn Klubobmann Frischenschlager gesagt, daß etwa 3 700 Lehrer aller Kategorien auf eine Anstellung warten, dazu kommen noch jene, die heuer fertig werden.

Ich darf darauf hinweisen, daß die ÖVP im Verlaufe der letzten Jahre immer wieder Vorstöße gemacht hat in der Richtung, die Maßnahmen zu treffen, die die Lehrerarbeitslosigkeit hintanstellen, etwa Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, Senkung der Teilungsziffern, verschiedene dienstrechtliche Maßnahmen. Für die gibt es aber — das möchte ich nachdrücklich sagen — auch massive pädagogische Gründe.

Darüber hinaus haben wir beantragt die Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung, dann die Änderung des Schlüssels, nach dem der Dienstpostenplan ermittelt wird, und schließlich auch den Einsatz von Lehrern in der Erwachsenenbildung.

Nun hat Ihr Vorgänger 250 Lehrer im Bereich der Erwachsenenbildung eingesetzt, diese sind auf Abruf bis zum Dezember des heurigen Jahres beschäftigt.

Meine Frage ist nun, Herr Minister: Werden Sie Vorsorge dafür treffen, daß im Bereich der Erwachsenenbildung Lehrerdienstposten geschaffen werden? Damit können a) die Erwachsenenbildungsorganisationen entsprechende Planungen vornehmen und b) würde damit auch das Förderungsbudget der Erwachsenenbildung entlastet, weil ja derzeit diese 250 Lehrer im Budget unter „Förderungen“ figurieren.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Die Beschäftigungsaktion für Lehrer in der Erwachsenenbildung hat praktisch eine Verdoppelung der Bundesförderung für die Erwachsenenbildungseinrichtungen gebracht.

Ich bin selbstverständlich bestrebt, diese

Aktion nicht nur im bisherigen Umfang fortzusetzen, sondern sie auch qualitativ zu verbessern. Es gibt da einerseits arbeitsrechtliche Probleme mit den Verträgen für diese Lehrer, andererseits strebe ich sehr intensiv danach, auch Lehrerdienstposten wenigstens teilweise den Erwachsenenbildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, wobei die Lehrer in diesen Erwachsenenbildungseinrichtungen ganz konkrete und wichtige Aufgaben erfüllen sollen.

Die EB-Einrichtungen haben mich wissen lassen, daß sie die anfänglichen Zweifel, die sie in die Beschäftigung so junger Lehrkräfte gesetzt haben, eigentlich als überwunden ansehen und daß sie sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Ich lege aber Wert darauf, daß Lehrer, die in der Erwachsenenbildung tätig sind, doch auch mit einem Bein in der Schule bleiben, damit diese Verklammerung von Schule und Erwachsenenbildung auch auf dieser Ebene in Zukunft geschehen kann.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! All diese Vorschläge kosten sicher sehr viel Geld, werden aber keine endgültige Lösung der Junglehrerarbeitslosigkeit bringen. Ich stelle mir daher vor, man könnte Junglehrer, wie man es auch in anderen Ländern macht, unter Umständen durch Umschulung oder Einschulung in der Privatwirtschaft beschäftigen, wo sie sicher ein sehr gutes Bild vor allem in der Verwaltung machen werden.

Ich frage Sie daher, da das in Österreich noch nicht der Fall ist: In welchen Bereichen werden und wurden arbeitslose Lehrer außerhalb der Lehrertätigkeit beschäftigt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß außer der Aktion Erwachsenenbildung auch mit Förderungsmitteln des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Pflichtschullehrer eine weitere ergänzende praktische Berufsausbildung erhalten haben. Diese Aktion dauert sechs Monate und findet zur Hälfte in der Schule und in der übrigen Zeit in der Pädagogischen Akademie statt. Von dieser Möglichkeit haben allerdings nur recht wenige Pflichtschullehrer Gebrauch gemacht.

Bundesminister Dr. Moritz

Es sind derzeit Gespräche im Gange zwischen der Abteilung für die Lehrerausbildung im Ministerium und verschiedenen Interessengruppierungen, die darauf abzielen, im Rahmen der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung zusätzliche Angebote zu machen, etwa für die Animation im Freizeitbereich. Ich glaube, daß sich hier in Zukunft ein weites Betätigungsfeld für Lehrer ergeben wird.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Steinbauer (ÖVP) an den Herrn Minister.

797/M

Welche konkreten Maßnahmen wurden im letzten Vierteljahr gesetzt, um die soziale Lage der Künstler zu verbessern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Sie haben an mich die Frage gerichtet, welche konkreten Maßnahmen im letzten Vierteljahr gesetzt wurden, um die soziale Lage der Künstler zu verbessern. Es liegt dieser Frage die sehr optimistische Einschätzung zugrunde, daß es vierteljährig möglich sein würde, ein seit Jahrzehnten anstehendes Problem entscheidend zu lösen. Aber ich darf Ihnen doch einige positive Antworten geben.

Die wohl bedeutendste und von der finanziellen Wirkung her wichtigste Initiative stellt doch die Neuregelung von „Kunst und Bau“ im Rahmen eines Ministerratsbeschlusses dar. Seit Beginn dieses Jahres wird im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Bauen und Technik 1 Prozent der Nettohochbausumme für die künstlerische Gestaltung von öffentlichen Hochbauten aufgewendet, das bedeutet heuer rund 40 Millionen Schilling. Das ist ein erheblicher Betrag im Verhältnis zu den Förderungsmitteln, die wir direkt im Förderungsbudget haben. Es wird auch ein Beirat nominiert, der entsprechende künstlerische Einflüsse ausüben kann. Die ersten Auftragsvergaben werden demnächst erfolgen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Steinbauer: Herr Bundesminister! Man könnte jetzt lange streiten, ob die 40 Millionen wirklich zusätzliche Mittel sind, denn das würde ja davon ausgehen, daß es in den vergangenen Jahren nie „Kunst und Bau“ gegeben hat, und dagegen könnte man schon das Bundesamtsgebäude halten mit

den schrecklichen Kunstverbauten, die dort geschehen sind.

Meine Frage ist aber auf die „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. Juni 1986 bezogen, gemäß der Sie sagten, daß sich in den letzten Jahrzehnten gewisse Subventionsusancen eingebürgert haben, die nun einer kritischen Prüfung nicht mehr vollends standhalten. Welche Subventionsusancen werden Sie hier offensichtlich Kürzungen zuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Es gilt für den gesamten Förderungsbereich, daß sich gewisse Übungen im Laufe von Jahren und Jahrzehnten eingebürgern. Das heißt, daß wir künftig vielleicht noch mehr als bisher jedes einzelne Subventionsansuchen sehr gründlich auf die Notwendigkeit und das Ausmaß einer Förderung hin untersuchen werden.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Steinbauer: Herr Bundesminister! Nun muß ich doch annehmen, daß bereits bisher schon in Vollziehung der Beamtenpflicht jedes Subventionsansuchen sehr gründlich überprüft wurde. Welche Kürzungssumme erwarten Sie als Folge dieser Ankündigung in der „Arbeiter-Zeitung“?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Es geht nicht um Kürzungen, die wir damit erreichen wollen, sondern um eine möglichst objektive und gerechte Förderung. Was vielleicht in einigen Förderungsbereichen durch eine sehr strenge und kritische Überprüfung gewonnen werden kann, kann in anderen Bereichen, wo der Bedarf bisher nicht voll befriedigt wurde, zusätzlich gegeben werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Seit etwa 1980 fordere ich in Anträgen eine Möglichkeit auch für Lohnsteuerkartenbesitzer, Kunstankäufe bis zu zirka 10 000 S abzuschreiben. Die Idee muß gut sein, sonst hätte sie die Österreichische Volkspartei nicht wörtlich abgeschrieben.

Sie haben auch ein Handbuch der Kunstdförderung herausgegeben beziehungsweise zumindest herausgeben lassen. Ich möchte Sie fragen: Welche Aufgabe hat diese Publikation?

12868

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Präsident**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Ich darf zunächst auf die Anregung eingehen, daß auch Lohnempfänger Abschreibungsmöglichkeiten für den Kunsterwerb bekommen sollen. Ich unterstütze das wirklich mit großem Nachdruck.

Dieses Handbuch der Kunstförderung ist ein Teil jener Maßnahmen, die vor etwa eineinhalb Jahren bei einer Enquête über die soziale Lage der Künstler von den Künstlern selbst sehr vehement gefordert wurden. Es liegen nun Kunsthändbücher für die Bereiche bildende Kunst, Architektur, Film, Photo und Video vor. Ein Handbuch der Literaturförderung wurde bereits vor einiger Zeit mit unserer maßgeblichen Unterstützung von der IG Autoren herausgebracht. Dieses Handbuch wird laufend aktualisiert, um jeweils einen umfassenden und richtigen Querschnitt durch die Förderungsmaßnahmen geben zu können.

Die Funktion des Buches ist es, allen Künstlern alle in ihrer ganzen Vielfalt vorhandenen Förderungsmöglichkeiten transparent zu machen und ihnen damit den Zugang zu erleichtern. Bisher war das immer nur sehr geschickten Leuten möglich. Jetzt sollen alle diese Information zur Hand haben.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hawlicek.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich kann aufgrund von Gesprächen mit Künstlern nur bestätigen, daß diese Handbücher wirklich sehr hilfreich sind, und zwar vor allem für die Literaturschaffenden.

Ich darf in diesem Zusammenhang die Frage stellen, wie die Arbeiten in Ihrem Ministerium bezüglich des Kleinverlagskonzeptes vorangehen, welche Maßnahmen hier geplant sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Frau Abgeordnete! Ich darf zunächst noch einmal darauf hinweisen, daß wir im Bereich der Literatur die Direktförderung für Autoren in Form von Arbeits-, Reise- und Projektstipendien verstärkt haben. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen werden diese Stipendien zusätzlich zu Leistungen aus dem Sozialfonds vergeben. Diese Förderungsmaßnahmen kommen auch den literarischen Übersetzern zugute.

Zur Kleinverlagsförderung darf ich mitteilen, daß diese Aktion mit Beginn des Jahres 1985 angelaufen und am deutlichsten sichtbar geworden ist in einer Präsentation der österreichischen Kleinverlage anlässlich der Österreichischen Buchwoche in der Hofburg und bei der Vorstellung dieser Verlage bei der Internationalen Buchmesse in Frankfurt.

Wir haben auch die Absicht, im Herbst dieses Jahres mit unserer Unterstützung ein Handbuch des österreichischen Kleinverlagswesens zu fördern, das einen Überblick über die Kleinverlage und ihre Programme bieten wird. Diese Kleinverlagsförderung halte ich deswegen für so wichtig, weil sie einerseits die Pluralität im Verlagswesen sichert, andererseits aber auch jungen Autoren, die bisher bei renommierten Verlagen noch nicht Zugang gefunden haben, den Zutritt zur Öffentlichkeit verschaffen hilft.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Bundesminister! Fest steht auf jeden Fall, daß Sie in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. Juni, also von vorgestern, erklärt haben, daß Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten eine Situation entstanden ist, die dadurch gekennzeichnet ist, daß eben gewisse Subventionen einer kritischen Prüfung nicht mehr standhalten. Heißt das nun, daß Sie einfach kürzen wollen, oder glauben Sie, daß die bisherige Subventionspraxis einfach ungerecht war?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Ich bin nicht der Meinung, daß die bisherige Förderungspraxis ungerecht war, daß sie schlecht gewesen ist, aber sie bedarf doch der steten kritischen Überprüfung, einer Überprüfung von Maßnahmen, die ich auch anderen Bereichen durchaus empfehlen könnte.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Steinbauer (ÖVP) an den Minister.

798/M

Wurde ein Theaterkonzept für Wien zwischen dem Bund und der Stadt Wien abgesprochen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, ob ein Theaterkonzept

Bundesminister Dr. Moritz

für Wien zwischen dem Bund und der Stadt Wien abgesprochen wurde.

Ich darf dazu feststellen, daß kulturpolitische Entscheidungen, die ausschließlich oder überwiegend ein Bundesland betreffen, im Sinne der Kulturhoheit der Länder und des Föderalismus von den zuständigen Organen der Bundesländer zu treffen sind. Soweit solche Entscheidungen eine Mitwirkung des Bundes, sei es durch Zuschußleistung, sei es etwa in anderer Form, beziehungsweise eine Mitwirkung von Bundeseinrichtungen erfordern, ist das Einvernehmen selbstverständlich herzustellen. Das geschieht auch regelmäßig, und zwar selbstverständlich auch mit dem Land Wien. Ich führe laufend Gespräche mit dem zuständigen Stadtrat für kulturelle Angelegenheiten, und dabei werden auch Fragen erörtert, die eine Mitwirkung des Bundes erfordern.

Über das in der Anfrage erwähnte Theaterkonzept für Wien, womit offenbar die Pläne zu einer gemeinsamen Führung der drei Bühnen Theater an der Wien, Raimundtheater und Ronacher gemeint sind, bin ich selbstverständlich informiert worden. Darüber hinaus gibt es ja seit Jahren gemeinsame Aktivitäten der Stadt Wien und des Bundesministeriums hinsichtlich des Theaters der Jugend, der Freien Gruppen und der Wiener Festwochen sowie eine besonders enge Zusammenarbeit hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Künstlerhaustheaters.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Steinbauer:** Herr Bundesminister! Ihre Antworten erinnern mich an Hegel, der von der „Nacht, in der alle Kühe schwarz sind“, gesprochen hat. Es ist alles so schwammig, daß man wirklich keine Antwort bekommt.

Meine konkrete Frage: Es hat der dynamische Kulturstadtrat von Wien ja diese drei Bühnen in einer Hand vereinigt. War diese Vereinigung der drei Bühnen offiziell in Verhandlungen mit dem Bund abgestimmt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Moritz:** Herr Abgeordneter! Ich bin offenbar im Gegensatz zu Ihnen ein überzeugter Föderalist. Was würden wohl etwa die Innsbrucker Freunde oder die Salzburger Kulturpolitiker sagen, wenn ich sie zwingen würde, mit mir all ihre regionalen Konzepte abzustimmen? Die Angelegenheiten der Bühnen der Stadt Wien sind primär Ange-

legenheiten der Stadt Wien. Wir diskutieren das, aber es besteht überhaupt keine Veranlassung, hier korrigierend oder dirigierend einzugreifen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Steinbauer:** Herr Bundesminister! Ich muß bei allem Respekt Ihre Föderalismushinweise als Ausflucht auffassen, denn es gibt ja ganz konkrete Pläne, das Theater an der Wien, also eine der drei Bühnen, der Staatsoper in irgendeiner Weise dienstbar zu machen, und soweit ich informiert bin, ist die Staatsoper ja noch eine Bundesangelegenheit. (Zwischenruf.) Sogar Probst weiß es.

Ich frage daher: Was wird konkret hinsichtlich der Nutzung des Theaters an der Wien für die Staatsoper vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Moritz:** Herr Abgeordneter! Es ist bekannt, daß der neue Direktor der Staatsoper die Ambition hat, auch das Theater an der Wien für seine Aufführungstätigkeit zu nutzen. Andererseits ist es nicht unbekannt, daß das Theater an der Wien vor allem infolge seiner Größe strukturelle Probleme hat, die zwangsläufig zu Abgängen führen müssen. Deshalb mußte ich den Ambitionen des Herrn Staatsoperndirektors gewisse Grenzen auferlegen.

Eine Übernahme des Theaters an der Wien durch die Staatsoper kommt aus finanziell-budgetären Gründen überhaupt nicht in Frage, aber ich bin sehr wohl damit einverstanden, daß die Staatsoper zwei oder drei Produktionen im Theater an der Wien für einen beschränkten Zeitraum herausbringt im Hinblick auf das Mozartjahr 1991, weil da bekanntlich historische Bezüge bestehen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es ist für mich als doch damit Befaßten völlig unverständlich, daß eine Bühne wie das Theater an der Wien, das mit einer Ensuite-Produktion durch Jahre ausverkauft ist, rote Zahlen schreibt. Ich frage mich: Wie muß so eine Bühne denn beschaffen sein? (Abg. *Steinbauer:* Herr Minister! Das ist kein Akt der Vollziehung, wenn Probst Probst fragt! — Heiterkeit.)

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister:

12870

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Probst

Werden neben den Großbühnen auch die sogenannten Klein- und Mittelbühnen ausreichend gefördert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Es ist selbstverständlich, daß die Wirtschaftlichkeit eines Theaters vom Fassungsvermögen seines Zuschauerraumes ganz wesentlich bestimmt wird. Und dies scheint mir, obwohl ich mich in die Angelegenheit der Stadt Wien nicht einmischen möchte, eine wesentliche Ursache dafür zu sein, daß auch sehr kostengünstige und überaus erfolgreiche Produktionen nie zu wirklichen ökonomischen Erfolgen führen können.

Aber zu Ihrer eigentlichen Frage darf ich feststellen, daß wir unsere Aufgabe nicht nur darin sehen, die großen etablierten Bühnen laufend materiell zu unterstützen, ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, sondern es sind gerade für die Entwicklung einer breitangelegten Theaterkultur die Mittel- und Kleinbühnen professioneller oder auch amateurhafter Art ganz entscheidend. Wir haben hierfür das Kleinbühnenkonzept entwickelt, und wir werden bestrebt sein, für diese Klein- und Mittelbühnen noch mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Nedwed.

Abgeordneter Ing. Nedwed (SPÖ): Herr Bundesminister! In den letzten Jahren haben die sogenannten Freien Gruppen im Bereich der darstellenden Kunst an Zahl und Bedeutung zugenommen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, auf diesem Gebiet eine verstärkte Förderung auch seitens des Unterrichtsministeriums zu geben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Wir haben gerade diesen freien Initiativen immer besondere Sorgfalt zugewendet und dabei wirklich ein gemeinsames Konzept mit der Stadt Wien entwickeln und realisieren können.

Für die Zukunft sehe ich hier vor allem die Möglichkeit, die durch den bedauerlichen Eingang des Theaters der Komödianten freiwerdenden Beträge den Freien Gruppen zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 8: Frau Abgeordnete Hawlicek (SPÖ) an den Herrn Minister.

803/M

Welche Grundüberlegungen haben Sie dazu veranlaßt, die Initiative zu einem Kunstförderungsgesetz zu ergreifen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Frau Abgeordnete! Sie richten an mich die Frage, welche Grundüberlegungen mich veranlaßt hätten, die Initiative zu einem Kunstförderungsgesetz zu ergreifen.

Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß 1982 hier im Hause über eine Novelle zur Bundesverfassung beraten wurde, die dann das Ergebnis gebracht hat, daß die Freiheit der Kunst in den Verfassungsrang erhoben und in der Verfassung ausgedrückt worden ist.

Leider war es damals nicht möglich, das Prinzip der Vielfalt der Kunst und ihre Erhaltung in Verfassungsrang zu erheben. Da gab es eine umfassende fachliche Diskussion, die eben dieses negative Ergebnis zur Folge hatte.

Nun glaube ich aber, daß es möglich sein sollte, mit einem einfachen Bundesgesetz dieses Prinzip der Vielfalt der Kunst und ihre Erhaltung gesetzlich zu fundieren. Dies war auch der Anlaß für mich, die Förderung der Kunst endlich mit jenem gesetzlichen Fundament auszustatten, das es für die Förderung der Erwachsenenbildung und des Sportes bereits seit Jahren gibt.

In der Regierungsvorlage, die mittlerweile im Parlament zur Behandlung vorliegt, wird aber ganz ausdrücklich, und zwar zum erstenmal, der Bund zur Förderung der Kunst verpflichtet, weil Kunst für die Gesellschaft und für die Einzelpersönlichkeit eben eine ganz besondere und große Bedeutung besitzt.

Darüber hinaus aber soll die Förderung der Kunst im Geist der Freiheit und der Toleranz und der Vielfalt erfolgen.

Wir haben ferner statuiert, daß nicht nur die herkömmlichen Kunstformen förderungswürdig sind, sondern daß auch neue, alternative, experimentelle Formen der Förderung bedürfen, wenn eine überregionale Bedeutung erkennbar wird.

Bundesminister Dr. Moritz

Ich glaube also, daß dieses Gesetz einen ganz wesentlichen Fortschritt für die gesellschaftliche und für die politische Anerkennung der Kunst in unserer Demokratie bedeuten wird.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek: Herr Bundesminister! Ich habe selbst diesem Unterausschuß, der über ein Jahr lang getagt hat und in dem die Verankerung der Freiheit der Kunst in der Verfassung beraten wurde, angehört. Damals hat es meine Fraktion sehr bedauert, daß Sie eben nicht auch die Vielfalt der Kunst verankern konnten. Es ist sicherlich zu begrüßen, daß dieses Gesetz jetzt diesen Weg bieten wird.

Herr Minister! Nach welchen Gesichtspunkten, jetzt konkret gesehen, soll die Kunstförderung in Zukunft erfolgen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Erstmals werden in diesem Kunstförderungsgesetz die Maximen, nach denen sich die Kunstförderungstätigkeit des Bundes zu richten hat, in eindeutiger Weise gesetzlich geregelt. Noch niemals vorher hat es ein so offenes und weitreichendes Bekenntnis zur Rolle der Kunst in der Gesellschaft gegeben.

Ich darf noch einmal im einzelnen zitieren, daß sich der Staat nach § 1 des Gesetzentwurfes verpflichtet, bei seiner Förderung insbesondere die zeitgenössische Kunst sowie die Vielfalt der Kunst und deren Erhaltung im Geist der Freiheit und Toleranz zu berücksichtigen.

Darüber hinaus ist danach zu streben, die Kunst allen Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen und zu den materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung des künstlerischen Lebens in Österreich beizutragen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek: Herr Bundesminister! Wann soll dieses Gesetz in Kraft treten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Geschätzte Frau Abgeordnete! Im Ministerrat wurde das Gesetz am 3. Juni verabschiedet, es wurde mittlerweile dem Haus zugemittelt. Ich hoffe sehr, daß es gelingen wird, in zügigen Ver-

handlungen im Herbst zu konkreten Ergebnissen zu kommen, sodaß das Gesetz, wenn alle mitziehen, mit Jahresbeginn in Kraft treten könnte.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Minister! Wenn man die „Arbeiter-Zeitung“, die berühmte, vom 24. Juni hennimmt und darin liest, daß Sie von der 30prozentigen Mittelkürzung im Kunstbereich sprechen müssen, weil Sie dem ausgesetzt sind, dann versteht man besser das Wort des Rektor-Stellvertreters Wagner, der meinte, die elf Paragraphen seien nicht mehr als die Aufzählung ministerieller Bürogewohnheiten, seien leeres Papier, bezogen auf das Kunstförderungsgesetz.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie wollen Sie dem offenkundigen Mißtrauen breiter Künstlerschichten gegenüber diesem Gesetz, die durch die Bank sagen, es bringe nichts, es sei leeres Papier, begegnen, welche Schritte werden Sie da unternehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Die Stimmen des Zitierten stammen von insgesamt drei Persönlichkeiten (*Abg. Steinbauer: Gewichtigen!*), die eine veheiente Attacke führen. Ich bin überzeugt, daß es uns gemeinsam im Verlaufe einer intensiven Diskussion gelingen wird, hier Zustimmung zu finden.

Aber ich darf ein anderes Mitglied des Kunstbeirates zitieren, das in einem sehr verbreiteten Blatt geschrieben hat: Geld wird ganz sicher in Zukunft nicht mehr, sondern weniger. Gerade deshalb wird es gut sein, ein Kunstförderungsgesetz zu haben, das den Staat verpflichtet, etwas für die Kunst zu tun. In Zeiten wie diesen wird man nicht auf schlechtes Gewissen oder Mitleid bauen können, am ehesten noch auf ein Gesetz. — Diese Zustimmung hat mich ehrlich gefreut.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich kann mir vorstellen, daß sich die sozialistische Fraktion freut, daß Heribert Steinbauer und die ÖVP so eifrige Leser der „Arbeiter-Zeitung“ sind. Ich kann mich in diesem Fall nicht anschließen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wahrscheinlich sind auf eure Inten-

12872

Nationalrat XVI. GP — 148. Sitzung — 26. Juni 1986

Probst

tionen die Auflagensteigerungen zurückzuführen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.) Wendelin Ettmayer macht seine 600. Verschwendungsfrage; er verschwendet Sauerstoff. (Heiterkeit.)

Herr Bundesminister, meine konkrete Frage an Sie: Wird es aufgrund dieses neuen Kunstförderungsgesetzes auch Sachleistungen beziehungsweise neue und andere Arten von Förderungen geben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Moritz: Herr Abgeordneter! Ich bin Ihnen für diesen Hinweis sehr dankbar, denn abweichend von den bereits bisher bestehenden Arten der Kunstförderung ist in der Regierungsvorlage ausdrücklich die „Überlassung von Einrichtungen der Bundesschulen“ an Künstler und Künstlervereinigungen neu eingeführt. Damit wird einem ganz konkreten Bedürfnis der überall in Österreich tätigen Kultureinrichtungen entsprochen werden, die sich bisher leider oft vergeblich um Räumlichkeiten in Bundesschulen bemüht haben. Hier wird die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, und selbstverständlich werden auch die Staatsateliers weitergeführt werden, obwohl sie im Gesetz nicht direkt aufscheinen.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Sitzung zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1990/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 205/A der Abgeordneten Hesoun, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird;

dem Handelsausschuß:

Antrag 206/A der Abgeordneten Eigruber, Dr. Heindl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Handelskammergesetz

geändert wird (8. Handelskammergesetz-Novelle);

dem Justizausschuß:

Antrag 207/A der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Gradischnik, Bergmann und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Änderung der Urheberrechtsgesetznovelle 1980;

dem Unterrichtsausschuß:

Antrag 208/A der Abgeordneten Steinbauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972 in der geltenden Fassung geändert wird.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Leitner, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner:

„An das

Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 20. Juni 1986, Zl. 1004-03/1, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Peter Jankowitsch am 26. und 27. Juni 1986 sowie innerhalb des Zeitraumes vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 den Bundesminister für Inneres Karl Blecha mit der Vertretung.

Hievon beehe ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler

Dr. Neumayer“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage:

Bundesgesetz über die Förderung der Kunst aus Bundesmitteln (Kunstförderungsgesetz) (994 der Beilagen)

w e i s e ich dem Unterrichtsausschuß z u.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfrage 2175/J eingelangt ist.

Präsident

Die n ä c h s t e Sitzung des Nationalrates
berufe ich für heute, Donnerstag, den 26. Juni,
10 Uhr 5 Minuten, ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten
schriftlichen Mitteilung zu entnehmen!

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde
eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten